



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Einleitung

Kommunalpolitik hat für uns Jusos große Bedeutung: Vor Ort können wir die Rolle als Mittler/in zwischen Interessen aus der Bevölkerung und der Politik am besten ausfüllen. In den Kommunen haben wir die größten Chancen, Politik zu gestalten und es lassen sich unsere inhaltlichen sowie organisatorischen Mühen in Erfolge umsetzen. Nicht zuletzt wollen wir Jusos auch Nachwuchs in die kommunalen Parlamente entsenden und zur Verjüngung der SPD-Fraktionen beitragen. Diese Leitlinien verfolgen das Ziel, kommunalpolitische Positionen der sächsischen Jusos zu bündeln. Sie sollen unseren Kandidat/innen im Kommunalwahlkampf helfen, kompetent aufzutreten und Jusos in den kommunalen Parlamenten Orientierung bieten. Darüber hinaus stellen sie einen Rahmen für weitere Diskussionen dar.

Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik: Lebenswerte Städte und Gemeinden.

Die übergeordneten Ziele, denen sozialdemokratische Kommunalpolitik verpflichtet ist, heißen für uns Jusos:

- Arbeit und Beschäftigung schaffen durch aktive Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben und über Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt
- Nur Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen, die Tariflohn zahlen
- Keine Privatisierung von kommunalen Unternehmen, die der Daseinsvorsorge dienen
- Schaffung eines attraktives Lebens- und Wohnumfeld für alle Bürger/innen
- Perspektiven für Jugendliche bieten
- Die gleichberechtigte Beteiligung der Bürger/innen an der lokalen Politik, insbesondere die stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Stärkung der lokalen Demokratie
- bürger/innennahe Verwaltung
- Den gesellschaftlichen Zusammenhalt beleben und sozialer Ausgrenzung entgegenwirken
- Die Integration von Migrant/innen und das Fördern gegenseitigen Verständnisses
- Die Gleichstellung der Geschlechter umsetzen
- Die Umwelt und unsere natürlichen Ressourcen schützen



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Damit all das mit einem soliden Haushalt vereinbar ist, bedarf es in erster Linie einer Förderung der Wirtschaftsentwicklung und des Schaffens von Arbeitsmöglichkeiten. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und auch alle anderen Bereiche kommunaler Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Die Sozialdemokratie ist die politische Kraft, die eine ausgewogene Balance herzustellen vermag.

Lokale Demokratie stärken

Die Vielfalt des Engagements von Bürger/innen zeigt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen: Vereine, Verbände, Kirchen, gemeinnützige Organisationen, Freiwilligendienste, Selbsthilfegruppen, Bürger/inneninitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften zeugen davon.

Das freiwillige Engagement lebt Solidarität, schafft Zugehörigkeit und gegenseitiges Vertrauen. Diese Unterstützungsnetzwerke wollen wir im Sinne einer präventiven Politik stärken. Eine noch intensivere Teilhabe der Bürger/innen an der kommunalen Politik trägt zudem zur weiteren Demokratisierung unserer Kommunen bei und die Einbindung der um die Lösung ihrer Probleme bemühten Betroffenen ermöglicht bessere Ergebnisse bei politischen Zielsetzungen.

Deshalb sprechen wir uns für das Leitbild der "Bürger/innenkommune" aus, das die Teilhabe von einzelnen Bürger/innen, Vereinen, Initiativen und Verbänden als Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik versteht. Bürger/innen sind demnach nicht mehr nur Adressat/innen von Leistungen sondern Mitgestalter/innen des Gemeinwesens.

Öffentliche Aufgaben und Leistungen sollen weitgehend gemeinsam mit den Bürger/innen gestaltet werden. Beispielgebend ist das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt", in dem die Beteiligung von Bürger/innen fest vorgeschrieben ist. Wenn in Planungsprozessen Raum für demokratische Teilhabe und Einfluss auf das Ergebnis gegeben wird, können Bürger/innen als Auftraggeber/innen in der Planungsphase mitarbeiten.

Dies geschieht durch Bürger/innenforen, Planungszellen, Mediationsverfahren, Beiräte usw. Planungsverfahren können so beschleunigt, Entscheidungsblockaden abgebaut und eine höhere Akzeptanz von Angeboten erreicht werden. Bürger/innen können als Mitgestalter/innen dabei Aufgaben übernehmen: durch Selbstverwaltung (von z. B. Jugendklubs oder durch Patenschaften für z. B. Kinderspielplätzen), Selbstorganisation (z. B. in Sportvereinen) und Selbsthilfe.

Als Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligung müssen unterstützende und fördernde Voraussetzungen geschaffen werden - aktive Bürger/innen brauchen eine aktivierende Kommunalpolitik:

- Transparenz über Planungs- und Entscheidungsprozesse ist Grundvoraussetzung für Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger/innen.
- Die Stärkung plebiszitärer Elemente auf allen Ebenen ist für uns von zentraler Bedeutung. Dabei stehen die Einführung und eine Erleichterungen von Volksabstimmungen in den Kommunen im Vordergrund.
- Beteiligungsangebote der Verwaltungen sind dann überzeugend, wenn sie die bekannten Probleme der Beteiligung wie fehlende Motivation oder Zeit- und



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Informationsmangel berücksichtigen. Sie können am Eigeninteresse der Betroffenen ansetzen.

- Die Kommunen sollen Beratungs- und Informationsangebote für Bürger/innen zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger/innen zu erleichtern. Beispielsweise kann eine politikfeldübergreifende Koordination der Beteiligung durch "Lotsen" und feste Ansprechpartner/innen in der Verwaltung die für Bürger/innen unverständliche "Ämterrallye" ablösen.
- Artikulationsschwache Gruppen in der Bevölkerung müssen besonders unterstützt werden, um ihre Interessen berücksichtigen zu können.
- Ehrenamtliche Arbeit soll durch die Kommunen anerkannt werden. Neben öffentlichen Ehrungen wollen wir eine Ehrenamtskarte mit Vergünstigungen bei kommunalen Angeboten und der privaten Wirtschaft einführen. Wir wollen Organisationen von Freiwilligen und Freiwilligendienste besonders fördern.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Kinder und Jugend, MACHT!

Wir setzen uns aktiv für die Einführung des aktiven kommunalen Wahlrechts für Jugendliche ab 14 Jahren im Freistaat Sachsen ein. Die Angebote für Kinder und Jugendliche müssen ausgebaut werden, damit ihre Eigeninitiative geweckt wird und sie somit ihre Umwelt mitgestalten können.

Gerade in der Kommunalpolitik sind mit überschaubaren Aktionsfeldern und greifbaren Ergebnissen vielfältige Möglichkeiten für Mitbestimmung gegeben. Die gewählten Beteiligungsformen müssen der Arbeitsweise und dem Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen angepasst sein. Ein stark projektorientiertes und themenzentriertes Arbeiten kommt dem Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entgegen. Sie müssen im Prozess mit ihren Vorstellungen und Ideen ein gleichwertiger und mündiger Partner sein.

Unser Ziel ist es, darauf hin zu wirken, dass sich flächendeckende und kontinuierliche Mitwirkungen in Form von wohnortbezogenen Kinder- und Jugendforen entwickeln können. Mit solchen Angeboten sollen möglichst viele Kinder und Jugendliche erreicht werden, unabhängig von ihrem sozialen Umfeld, der Schulform, die sie besuchen, ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht.

Wir wollen, dass Beteiligungsformen personell, pädagogisch und auch finanziell unterstützt werden. Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche sind ohne eine stetige Unterstützung seitens der Verwaltung in der Regel kaum überlebensfähig, wobei aber eine Dominanz von Erwachsenen in den Gremien und Arbeitsgruppen der Jugendlichen vermieden werden muss. Eine pädagogische Begleitperson, die sich in inhaltlichen Fragen weitgehend zurückhält, soll dafür sorgen, dass sich eine demokratische Struktur entwickeln kann und dass eine möglichst große Zahl der Kinder und Jugendlichen erreicht und mit eingebunden wird. Außerdem fungiert sie als Mittlerin zwischen Verwaltung und Kommunalparlament einerseits und den Kindern und Jugendlichen andererseits.

Die demokratische Mitverantwortung für Kinder und Jugendliche zur Gestaltung des kommunalen und schulischen Lebens in ihrer Region muss gestärkt und ausgebaut werden.

Des Weiteren unterstützen wir den Aufbau institutionalisierter Beteiligungsformen wie Jugendparlamente und Jugendforen sowie die Stärkung der Schüler/innenvertretung.

Politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen muss zum Regelfall werden, so dass ihre Meinung und Sichtweise einen Faktor darstellt, mit dem politisch zu rechnen ist. Dazu soll den Parlamenten ein Budget eingerichtet werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Sächsische Gemeindeordnung dahingehend geändert wird, dass Jugendparlamente ein formelles Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten erhalten.

Wir sehen uns als parteipolitischer Jugendverband gegenüber der Politik als Lobbyist/innen für Kinder- und Jugendpartizipation, gegenüber den teilnehmenden Jugendlichen in der Rolle von beratenden Begleiter/innen - die eigentlichen Entscheidungen treffen die Teilnehmenden und ihre parteipolitisch unabhängigen Vertretungen. Formen der Eigeninitiative und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollen durch die Parlamente mit Kompetenzen der Mitbestimmung ausgestattet werden. Den Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, mit den Jugendhilfeausschüssen (JHA) eng zusammen zu arbeiten.

Ein ständiger Sitz ist aber keine Garantie für eine wirklich Beteiligung, da die oft langatmigen Sitzungen eher abschreckend wirken. Hier müssen neue Wege und Methoden gefunden werden, die stark auf den persönlichen Kontakt zwischen den Jugendlichen und Mitgliedern des Ausschusses setzen. Wir wollen in ganz Sachsen die Kinderfreundlichkeit als



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Querschnittsaufgabe in allen Ämtern durchzusetzen. Alle relevanten Entscheidungen sollen einer Kinderfreundlichkeitsprüfung unterzogen werden.

Perspektiven für Jugendliche

Jugendliche brauchen eine Perspektive. Sie sollen vor Ort eine gute Bildung und Ausbildung erhalten, einen sicheren Arbeitsplatz finden und in einem hochwertigen sozialen und kulturellen Umfeld leben können. Dafür treten wir ein. Um gute Bildung in der Kommune umzusetzen, bedarf es einer Gemeinschaftsschule. Die sächsischen Kommunen müssen für alle Bürger/innen lebenswert bleiben und sollen berufliche Perspektiven bieten. Dies gilt gerade für junge Menschen, deren Lebensperspektiven und Selbstwertgefühl stark von beruflichen Chancen und in vielen Fällen von einer guten beruflichen Ausbildung abhängt. Die Situation auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt ist dabei wie in den gesamten neuen Bundesländern stark verbesserungswürdig. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel und ihre Bekämpfung sind in Sachsen Themen von großer Wichtigkeit. Hiermit verknüpft sind Probleme wie Perspektivlosigkeit, Frustration und Abwanderung aus den neuen Bundesländern. Auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Sachsen hängt davon ab, Jugendliche in Ausbildung zu bringen und sie besser in die Arbeitswelt einzubinden.

Wir wollen, dass die Jugendlichen, die derzeit auf Ausbildungssuche in Sachsen sind, mit ihrem Problem nicht alleine gelassen werden. Ziel muss es sein, möglichst jedem jungen Menschen ein Angebot machen zu können, das ihr/ihm eine Chance auf einen Berufsabschluss und damit auf einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet. Besonders wichtig ist hierbei die Förderung von Neuansiedlungen mittelständischer Betriebe und die damit verbundenen neu entstehenden Ausbildungsplätze. Aber auch der Erhalt von Arbeitsplätzen hat hohe Priorität.

Darüber hinaus müssen zur Entspannung der Lage alle Beteiligten - also Kommune, Arbeitsamt, Kammern, Gewerkschaften und freie Träger - möglichst eng kooperieren und ihre Kompetenzen bündeln, um die knappen Ressourcen effizient einsetzen zu können. Auch die Schaffung von staatlich geförderten auf drei Jahre befristeten Arbeitsplätzen im sozialen, kulturellen, ökologischen oder infrastrukturellen Bereich können Möglichkeiten eröffnen. Ziel muss sein, möglichst wenige Jugendliche in vollzeitschulischen Warteschleifen wie dem Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) unterzubringen. Um vielen Jugendlichen einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu ermöglichen, unterstützen wir die Ausbildungsplatzumlage, die es gerade finanzschwachen mittelständischen Betrieben in Ostdeutschland ermöglicht, wieder mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Im Umgang mit den betroffenen Jugendlichen ist das Prinzip Fördern und Fordern anzuwenden. Dabei gilt: Beide Aspekte müssen gegeben sein, d.h. man kann nicht nur Leistungen und Engagement von den jungen Erwachsenen fordern, man muss ihnen im Gegenzug auch Perspektiven bieten und Hilfsangebote machen. Wichtig ist uns die direkte und individuelle Ansprache und Betreuung der betroffenen Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Mit einer erfolgreichen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden auch ihre Langzeitfolgen abgemildert. Diese sind nicht nur individuelle Perspektivlosigkeit verbunden mit Schwarzarbeit, Kriminalität und Drogenkarrieren sondern auch hohe Folgekosten für die Kommunen.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Nicht kürzen bei den Kurzen

In Sachsen ist das Angebot an Kinderbetreuung in Krippen, KiTas und Horten vergleichsweise gut. Dennoch gibt es insbesondere im Krippenbereich Defizite. Daher wollen wir das Angebot bis zur Bedarfsdeckung ausbauen. Denn nur diese ermöglicht Eltern und insbesondere Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - ein für alle attraktiver Standortvorteil.

Die Öffnungszeiten sollen deshalb den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern entgegenkommen. Da Kinderbetreuung eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, muss eine ausreichende und bedarfsgerechte Ko-Finanzierung seitens des Freistaates gewährleistet werden. Dies ist derzeit nicht der Fall. In Krippen, Kindergärten und Horten findet neben der Betreuung auch Bildung und Erziehung statt. Deshalb sollen alle Kinder - unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern - die Betreuungsmöglichkeiten in vollem Umfang nutzen können.

Zugangskriterien lehnen wir ab. Wir befürworten ab dem 3. Lebensjahr für jedes Kind Pflichtelemente im vorschulischen Bildungsbereich. Jedes Kind muss ab dem 13. Lebensmonat einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz in seiner entsprechenden Kommune haben. Die nötige Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit wollen wir perspektivisch durch die Ausbildung der Erzieher/innen in einem Hochschulstudium wie in den skandinavischen Ländern gewährleisten. Die Chance verpflichtender Fortbildungen zu pädagogischen und psychologischen Themen sollte schon jetzt genutzt und ausgebaut werden.

Der Anteil der Männer unter den Erzieher/innen muss deutlich gesteigert werden, um den betreuten Kindern auch männliche Vorbilder zur Verfügung zu stellen und Rollenzuschreibungen aufzubrechen. Private Initiativen von Eltern und freie Träger von KiTas sind zu unterstützen, denn sie sorgen für ein vielseitiges Angebot. Eine Konzentration auf "Tagesmütter" lehnen wir ab. Denn schlecht bezahlte und ungenügend ausgebildete Betreuer/innen können die Standards von KiTas - bei der Qualität der Kinderbetreuung und den Arbeitsbedingungen - nicht ersetzen, zudem bleiben für die Eltern Risiken bei krankheitsbedingtem Ausfall.

Schulen sind Lebensraum für die Schüler/innen und Lehrer/innen. Sie können als sozialer und kultureller Mittelpunkt der Wohnumfelde verschiedene soziale Milieus sowie Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen integrieren. Wir befürworten deswegen ein umfassendes Angebot an Ganztagschulen, die Möglichkeiten bieten, Schule mit den gesellschaftlichen Bereichen (wie Theatergruppen und Sportvereinen) und Projektarbeiten unter Einbeziehung aller Gruppen eines Wohngebietes zu verknüpfen. Eine kostenlose und gesunde Schulspeisung ist zwingend notwendig.

Des Weiteren bestehen die Jusos auf die Lehrmittelfreiheit für alle SchülerInnen, was auch den Kauf von Arbeitsheften und so genannter Pflichtlektüre einschließt.

Schulschließungen sind, wo immer möglich, zu vermeiden.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Mobil, Schön, Umweltfreundlich - Verkehr

Wir wollen, dass die Bürger/innen der sächsischen Kommunen mobil sein können und das Verkehrsnetz dabei hohen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ansprüchen genügt. Daher wollen wir perspektivisch einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr erreichen. Dazu befürworten wir, in den Städten weiterhin ökologische Transportmittel und -wege wie Fahrrad, Fußwege und den öffentlichen Personennahverkehr besonders zu fördern. Diese sind nicht nur umweltschonend und weniger lärmintensiv sondern auch für alle Bürger/innen - insbesondere sozial Schwache, Junge und Alte - verfügbar. Insbesondere die Radwegesysteme müssen weiter ausgebaut werden. Dazu sollen Fahrradparkplätze bedarfsorientiert in den Kommunen eingerichtet werden.

Für die Planungen von Großveranstaltungen fordern wir eine Konzeption, die auch das Fahrrad als wichtiges Transportmittel mit einbezieht. Der weitere Ausbau von Tangenten und Ringsystemen soll zu einer Entlastung in Wohngebieten von motorisiertem Verkehr führen. Um die Lärmbelastung der Bürger/innen weiter zu verringern, befürworten wir einen Ausbau der 30 km/h-Zonen in Wohngebieten und den verstärkten Einsatz von lärminderndem Straßenbelag.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Weltoffene Kommunen ohne Rassismus und Ausgrenzung

Die sächsischen Kommunen werden durch die Internationalität ihrer Bewohner/innen kulturell und sozial bereichert. Die Zugewanderten sollen sich bei uns wohl und sicher fühlen. Dies gilt zum Beispiel für die vielen ausländischen Studierenden, die den guten Ruf der Hochschulstädte in die ganze Welt tragen. Wir wollen Diskriminierungen bekämpfen, Vorurteile abbauen und entschieden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. Interkulturelle Begegnungen, Aufklärungs- und Bildungsprojekte - wie Schulaktivitäten gegen Rechts - und das Engagement vieler Bürger/innen gegen Rechtsextremismus wollen wir weiter unterstützen.

Ausländische Neu-Bürger/innen sollen in einem toleranten Klima des gegenseitigen Verständnisses integriert und eingebürgert werden. Dazu müssen insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integration von Ausländer/innen gefördert werden. Wir wollen, dass die Integrationsbereitschaft durch ausreichende und zielgruppengerechte Angebote (z. B. Deutschkurse) gefördert wird. Ghettoisierung wie durch Asylbewerberheime oder Aussiedlerblöcke verhindert die Integration von Migrant/innen. Menschen mit anderen ethnischen Hintergründen gehören in die Mitte der Gesellschaft und damit auch in die Mitte unserer Städte und Gemeinden. Wir sprechen uns daher für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerber/innen sowie geduldeter Migrant/innen aus, die unter Ausschöpfung der gesetzlichen Rahmenbestimmungen soweit und so schnell wie möglich umgesetzt werden muss.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Kultur hat viele Gesichter

Eine reiche und kreative Kulturlandschaft in den sächsischen Kommunen schafft Identifikation mit den Kommunen und Räume zum kreativen Gestalten und Erleben von Kunst sowie zur Kommunikation zwischen den Bürger/innen jenseits von ökonomischen Zwängen. Kulturpolitik leistet deswegen auch für die Sozial-, die Stadtentwicklungs- und die lokale Bildungspolitik wichtige Beiträge.

Die Kulturinstitutionen (z. B. Opernhäuser, Konzerte, Theater und Ausstellungen) spielen eine wichtige Rolle beim Erleben von Kunst in all ihren Formen und zur Integration von Bürger/innen in die Gesellschaft. Wichtig ist daher die Erhaltung der "Hochkultur" - wie Opern, Schauspielhäusern und Museen. Unsere Kommunen dürfen sich aber nicht nur auf die bekannten kulturellen "Leuchttürme" beschränken. Deshalb wollen wir auch eine vielfältige Freie Kultur fördern, die besonders jungen Künstler/innen eine Bühne bietet. Das ist uns deshalb besonders wichtig, weil die Lebensqualität der sächsischen Kommunen für Jugendliche auch davon abhängt, wie hier junge Menschen ihre Auffassungen von neuen Kulturformen verwirklichen können.

Ihnen müssen weiterhin Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre Ideen und Projekte experimentell umzusetzen. Die Kulturämter sollen den Bürger/innen bei der Selbstorganisation von Kultur hilfreich zur Seite stehen. Aber auch in den Wohngebieten selbst, in denen die Jugendlichen wohnen und leben, soll es kulturelle Freizeitangebote geben, die es für Jugendliche attraktiv macht, in ihren Heimatregionen zu bleiben. Junge Menschen sollen ermutigt werden, in ihrer Freizeit kulturelle Projekte anzugehen.

Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und die Stärkung von soziokulturellen Zentren und von gut ausgestatteten Bibliotheken ein. Dadurch werden für die Jugendlichen Angebote zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geboten und Eigeninitiative geweckt.



Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen 2008

Integration von MigrantInnen in den Kommunen

Im öffentlichen Dienst wird eine Quote für Migrant/innen eingeführt.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, bei der staatlichen (insbesondere kommunalen) Förderung von Sport- und anderen Freizeitvereinen deren Integrationsanstrengungen zu berücksichtigen. Die Förderinstrumente und deren Anwendung sind so zu gestalten, dass die genannten Vereine mit positiven Anreizen zu verstärkten Integrationsanstrengungen ermuntert werden. Alle Menschen mit Erstwohnsitz in Sachsen sollen unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft das aktive und das passive Kommunalwahlrecht wahrnehmen dürfen.

Packen wir's an - Jusos in die Räte!

“Wir wollen die politische Kultur in den Räten beleben. (...) Der Anspruch der SPD als Volkspartei bemisst sich auch daran, dass mehr Jüngere in den sozialdemokratischen Fraktionen mitarbeiten.”

Wir sächsischen Jusos werden mit der inhaltlichen Grundlage dieser Leitlinien mit kompetenten Kandidat/innen zur Kommunalwahl 2008 antreten. Wir fordern von der SPD die Unterstützung unserer Kandidat/innen und wollen im Wahlkampf selbstbewusst um die Stimmen der Wähler/innen werben.